

Dokumentation

Regionaldialoge

im Februar und März 2024
in Aalen, Bad Saulgau, Baden-Baden und Kehl
im Rahmen der Neuaufstellung
des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg



Inhaltsverzeichnis

1	Hintergrund: LEP-Neuaufstellung	3
2	Zuschnitt und Ablauf der Regionaldialoge	4
3	Kernbotschaften der Regionaldialoge	7
4	Informationen und Botschaften des Ministeriums	8
5	Regionaldialog Regierungsbezirk Stuttgart	12
5.1	Stimmen aus den Kommunen – Statements	12
5.2	Stimmen aus den Kommunen – Hinweise auf den Plakaten	13
6	Regionaldialog Regierungsbezirk Tübingen	16
6.1	Stimmen aus den Kommunen – Statements	16
6.2	Stimmen aus den Kommunen – Hinweise auf den Plakaten	17
7	Regionaldialog Regierungsbezirk Karlsruhe	19
7.1	Stimmen aus den Kommunen – Statements	19
7.2	Stimmen aus den Kommunen – Hinweise auf den Plakaten	20
8	Regionaldialog Regierungsbezirk Freiburg	22
8.1	Stimmen aus den Kommunen – Statements	22
8.2	Stimmen aus den Kommunen – Hinweise auf den Plakaten	24



1 Hintergrund: LEP-Neuaufstellung

Auf Basis des Koalitionsvertrags der Landesregierung aus dem Jahr 2021 soll ein neuer Landesentwicklungsplan (LEP) ausgearbeitet werden, der die unterschiedlichen Anforderungen an den Raum zukunftsfähig ausgestaltet. Dabei wird dem förmlichen Anhörungsverfahren zum Planentwurf eine breit angelegte Beteiligung vorangestellt, in der noch nichts festgeschrieben ist.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung fanden bereits im Herbst 2023 Bürgerdialoge in den vier Regierungsbezirken von Baden-Württemberg statt. Außerdem veröffentlichte das federführende Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen (MLW) als offenes Diskussionsangebot das Papier „*Raum für morgen. Eckpunkte für den neuen Landesentwicklungsplan*“. Auf dieser Grundlage fanden im Februar und März 2024 Regionaldialoge statt, die vor allem die kommunale Perspektive in den Fokus nahmen. Es folgten im April und Mai 2024 Themenworkshops mit Fachleuten aus Ministerien, Regierungspräsidien, Regionalverbänden, Kommunalen Landesverbänden, weiteren Verbänden und Kammern sowie im Juni und Juli 2024 drei kommunale bzw. regionale Themenworkshops. Letztere dienten der Vertiefung von Themen aus den Regionaldialogen. Der Beteiligungsprozess wird durch eine interministerielle Arbeitsgruppe, ein LEP-Mitwirkungsportal unter www.landesentwicklung-bw.de/mitmachen und weitere Bürgerdialoge bis Oktober 2024 vervollständigt. Neben der Fachexpertise und den Interessen der Akteure, die sich im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung einbringen, speist sich die Ausarbeitung des ersten Planentwurfs aus Erkenntnissen aus der Wissenschaft und Erfahrungswerten der Planungsebenen mit dem bisherigen LEP.

„Das Eckpunktepapier kam zu einem Zeitpunkt, an dem man früher und anderswo noch im stillen Kämmerlein arbeiten würde. Wir wollen uns ganz bewusst in den Maschinenraum schauen lassen – weit bevor ein erster auslegungsfähiger Entwurf das Licht der Welt erblickt.“

Nicole Razavi MdL
Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen



2 Zuschnitt und Ablauf der Regionaldialoge

Adressatenkreis

Die Regionaldialoge zur LEP-Neuaufstellung richteten sich insbesondere an

- (Ober-)Bürgermeister/-innen und Landräte/-innen
- Geschäftsführer der kommunalen Landesverbände
- Regionalverbandsvorsitzende, Regionalverbandsdirektoren/-in und Mitglieder der Regionalverbandsversammlungen
- Regierungspräsidenten/-innen und
- Mitglieder des Landtages.

Zeit und Ort

Die Regionaldialoge fanden in hybrider Form in allen Regierungsbezirken des Landes statt:

- Regierungsbezirk Stuttgart: 21. Februar 2024 von 10:00-13:00 Uhr in Aalen mit Staatssekretärin Andrea Lindlohr MdL, 96 Teilnehmende (TN) in Präsenz, 77 TN digital
- Regierungsbezirk Tübingen: 26. Februar 2024 von 13:00-18:00 Uhr in Bad Saulgau mit Staatssekretärin Andrea Lindlohr MdL, 77 TN in Präsenz, 69 TN digital
- Regierungsbezirk Karlsruhe: 1. März 2024 von 10:00-13:00 Uhr in Baden-Baden mit Ministerin Nicole Razavi MdL, 56 TN in Präsenz, 72 TN digital
- Regierungsbezirk Freiburg: 1. März 2024 von 13:00-18:00 Uhr in Kehl mit Ministerin Nicole Razavi MdL, 59 TN in Präsenz, 71 TN digital

Online Teilnehmende konnten sich im Rahmen des hybriden Formats ebenso einbringen und Fragen an Vertreterinnen und Vertreter des MLW stellen.

Zielsetzung

Die Regionaldialoge hatten zwei Hauptziele: Zum einen sollten die Teilnehmenden über den aktuellen Stand der Arbeiten am Landesentwicklungsplan informiert werden. Zum anderen sollten – mit besonderem Fokus auf die Bedeutung für die kommunale Ebene – Standpunkte und Anregungen auf Basis des Eckpunktepapiers zusammengetragen werden.

„Unsere moderne Beteiligung zeichnet sich dadurch aus, dass wir Inputs aus den Raumschaften und von Betroffenen interaktiv aufnehmen, noch bevor und während wir einen ersten Entwurf für den Landesentwicklungsplan schreiben“

Andrea Lindlohr MdL
Staatssekretärin für Landesentwicklung und Wohnen



Ablauf

Das Programm bot im Wechsel Raum für kommunale Perspektiven sowie Informationen des Ministeriums zum LEP-Prozess und zu den ersten Überlegungen, die im Eckpunktepapier festgehalten wurden. Das Ministerium passte dabei sein Veranstaltungskonzept spontan an und räumte auf Wunsch der Teilnehmenden des ersten Regionaldialogs zusätzlich zum Austausch an den Themenstationen Zeit für Statements und Fragen im Plenum ein, die seitens des Ministeriums beantwortet wurden. Die digital Teilnehmenden hatten ebenfalls die Möglichkeit Fragen einzureichen. Insgesamt erhielten die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter umfassend die Gelegenheit, dem MLW – sowohl im Plenum als auch im bilateralen Gespräch – ihre konkreten Ideen und Vorschläge mit auf den Weg zu geben.



DOKUMENTATION DER REGIONALDIALOGE

Ablauf der Regionaldialoge			
Aalen	Bad Saulgau	Baden-Baden	Kehl
Grußwort OB Frederick Brütting	Grußwort BM Raphael Osmakowski-Miller	Grußwort OB Dietmar Späth	Grußwort OB Wolfram Britz
Raum für morgen – der neue LEP Andrea Lindlohr MdL, Staatssekretärin f. Landesentwicklung und Wohnen		Raum für morgen – der neue LEP Nicole Razavi MdL, Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen	
Verschiedene Perspektiven auf den LEP <ul style="list-style-type: none"> Die LEP-Macher im MLW: <ul style="list-style-type: none"> Ulrike Kessler, Leiterin der Abteilung Landesentwicklung, Regionalplanung und Geoinformation Andrea Lagemann, Leiterin des Referats Landesentwicklungsplanung Dr. Ansgar Schmitz-Veltin, Leiter des Referats Raumbeobachtung Kommunale Mandatsträger: <ul style="list-style-type: none"> OB Dr. Stefan Belz, Böblingen OB Dieter Henle, Giengen an der Brenz BM Benjamin Czernin, Ahorn Video: Stimmen aus den Bürgerdialogen 	Auf dem Weg zum neuen LEP – wo stehen wir? Ulrike Kessler		
	Erwartungen an den neuen LEP – Stimmen aus den Rathäusern <ul style="list-style-type: none"> BM Thomas Hölsch, Dußlingen BM Daniel Salemi, Langenau LRin Stefanie Bürkle, Landkreis Sigmaringen 	Erwartungen an den neuen LEP – Stimmen aus den Kommunen <ul style="list-style-type: none"> LR Dr. Christoph Schnaudigel, Landkreis Karlsruhe OB Dr. Frank Mentrup, Karlsruhe Bürgermeister Michael Ruf, Baiersbronn Bürgermeister Frank Werner, Angelbachtal 	Erwartungen an den neuen LEP – Stimmen aus den Rathäusern <ul style="list-style-type: none"> OB Jürgen Roth, Villingen-Schwenningen BM Carolin Holz-müller, Efringen-Kirchen BM Hannelore Reinbold-Mench, Gemeinde Freiamt
Vorstellung des aktuellen Arbeitsstandes <ul style="list-style-type: none"> Andrea Lagemann Prof. Dr. Jörn Birkmann, Leiter des Instituts für Raumordnung und Entwicklungsplanung der Universität Stuttgart (IREUS) Fragen und Beiträge aus dem Plenum	Raum für morgen – unsere Einladung zur Diskussion Ulrike Kessler Fragen und Beiträge aus dem Plenum		
Zusammenfassung und Ausblick Staatssekretärin Andrea Lindlohr, MdL	Ausblick – wie machen wir weiter? Staatssekretärin Andrea Lindlohr	Ausblick – wie machen wir weiter? Ministerin Nicole Razavi	
Austausch mit dem MLW an Themenstationen, Netzwerkimbiss			



3 Kernbotschaften der Regionaldialoge

In den vier Veranstaltungen zeigte sich eine große Bandbreite kommunaler Interessen und Meinungen. Zu Wort meldeten sich vor allem kleinere Gemeinden in ländlichen Regionen, in deren Statements eine eher kritische Sicht auf eine landesplanerische Steuerung überwog. Insgesamt wurden von den Teilnehmenden folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Ein Thema, das übergreifend angesprochen wurde, war der Wunsch nach einem **unbürokratischen und flexiblen Landesentwicklungsplan**.
- Es wurde immer wieder angemahnt, dass **Entwicklungen** vor Ort **auch jenseits von Entwicklungsachsen und zentralen Orten** weiterhin möglich sein müssen und der **kommunalen Planungshoheit** Vertrauen entgegengebracht werden sollte.
- Die **Ideen im Eckpunktepapier zu einem sparsamen Umgang mit Fläche** wurden von einzelnen Vertretern größerer Städte begrüßt, von Kommunalvertretern **aus** den stadtfernen Räumen hingegen **eher kritisch** gesehen. Letztere merkten an, dass sie keine ausreichende Perspektive für eine Weiterentwicklung sehen, wenn ihnen das vor Ort ausreichend vorhandene Gut „Fläche“ genommen wird.
- Überhaupt war die **Neuinanspruchnahme von Flächen** – mit Teilbereichen wie dem sog. Anbindegebot – das beherrschende Thema in allen vier Dialogrunden. Darüber hinaus kamen vor allem Aspekte der **Einzelhandelssteuerung** (Grenze der Großflächigkeit, Lockerung des Integrationsgebots), die Einordnung ins **Zentrale-Orte-System** und in die **Raumkategorien**, spezifische Situationen in **Grenzregionen**, die Wettbewerbsfähigkeit in Hinblick auf die Ermöglichung einer guten **gewerblichen Entwicklung** und Fragen zur Verkehrs- und Infrastrukturplanung zur Sprache.

„Schnüren Sie das Korsett nicht zu eng.“

Ein Teilnehmer

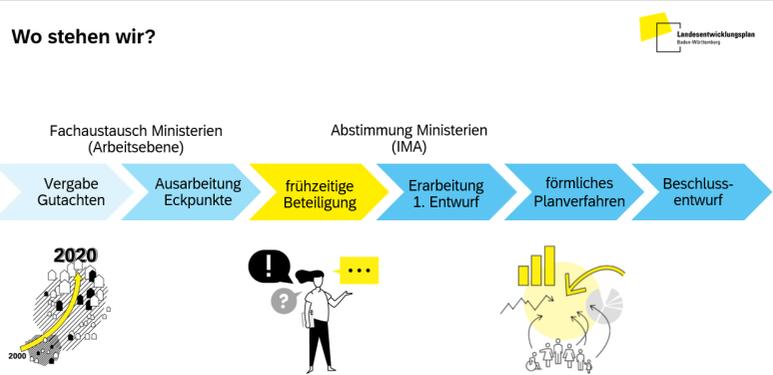


© MLW, Foto: Torben Nuding



4 Informationen und Botschaften des Ministeriums

Ministerin Nicole Razavi MdL, Staatssekretärin Lindlohr, Abteilungsleiterin Kessler und das Team LEP vermittelten in ihren Redeparts u.a. folgende Inhalte:

<p>Warum ein neuer LEP?</p>  <p>LEP-Regionaldialog 6</p>	<p>Notwendigkeit des LEP:</p> <p>Die Entwicklungen der letzten rund 20 Jahre im Land erfordern landesplanerische Antworten. Beispielsweise war es 2002 kaum vorstellbar, zwei oder mehr Tage in der Woche im Homeoffice zu arbeiten. Online-Shopping spielte eine geringere Rolle und internationale Investoren interessierten sich damals kaum für eine Versorgung mit nachhaltiger Energie. All dies hat Auswirkungen auf die Nutzungsansprüche auf den Raum.</p> <p>Zudem muss ein zukunftsfähiger LEP auch die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungsprozesse sowie die Megatrends mitdenken, so insbesondere die Digitalisierung, die Globalisierung und Regionalisierung, die Biodiversitätskrise, den Klimawandel, die Ressourcenendlichkeit und den gesellschaftliche Wandel.</p>
<p>Wo stehen wir?</p>  <p>LEP-Regionaldialog 9</p>	<p>Verfahrensstand bei der LEP-Neuaufstellung:</p> <p>Zur Sammlung von Daten, Fakten, Erfahrungswerten und Interessen, die miteinander in Einklang zu bringen sind, finden noch vor und während der Ausarbeitung des ersten Planentwurfs eine umfassende Raumanalyse und eine breit angelegte Beteiligung statt. Mit den vier Regionaldialogen im hybriden Format, kommunalen Themenworkshops sowie der Einbindung der Kommunalen Landesverbände in zweistufige Themenworkshops, die Evaluation des LEP 2002 und weitere Gespräche wird dabei der kommunalen Perspektive auf besondere Weise Rechnung getragen. Zudem besteht ab April 2024 im LEP-Mitwirkungsportal unter www.landesentwicklung-bw.de/mitmachen die Möglichkeit, strukturierte Stellungnahmen zum Eckpunktepapier einzureichen.</p>



Wie wird am LEP gearbeitet?

LEP-Regionaldialog 8

Beim **Eckpunktepapier** handelt es sich lediglich um eine erste Ideensammlung und Einladung zu einer strukturierten Diskussion.

Im Info-Heft „**Alle(s) im Blick**“ werden die Aufgaben der Landesentwicklung und Regionalplanung anschaulich erklärt, die zwölf Regionalverbände vorgestellt sowie anhand von Daten und Karten beschrieben, welche zentralen Trends die räumliche Entwicklung prägen.

Gutachten: Die Evaluierung des LEP 2002 und die laufende Raumanalyse liefern neben der frühzeitigen Beteiligung wichtiges Abwägungsmaterial für die Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans.

LEP: Wie ordnet er sich ein?

LEP-Regionaldialog 7

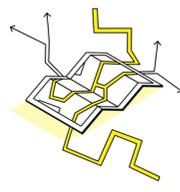
Einordnung des LEP

Die räumliche Planung wird vom Land über die Regionen bis zu den Kommunen immer konkreter. Der LEP hat mit seinem Maßstab von 1:300.000 eine recht hohe Flughöhe und enthält als Raumordnungsplan sog. Ziele und Grundsätze der Raumordnung. Ziele sind von den Regionalverbänden bei der Aufstellung und Fortschreibung ihrer Regionalpläne, von den Kommunen bei der kommunalen Bauleitplanung und von allen Fachverwaltungen bei ihren Fachplanungen zwingend zu beachten. Grundsätze sind noch einer Abwägung zugänglich, dort aber in besonderer Weise zu berücksichtigen. Nach dem sog. Gegenstromprinzip sind die Regionalverbände und Kommunen mit ihren Anliegen rechtzeitig in die Aufstellung des LEP einzubinden.

Fachplanungen kann und wird der LEP nicht ersetzen. Er darf den hierfür zuständigen Fachministerien jedoch einen Orientierungsrahmen geben und Impulse setzen.



Raum für morgen – unsere Einladung zur Diskussion

RESILIENTE RAUMSTRUKTUR

Raumkategorien
Zentrale Orte und Entwicklungszentren
Intrakommunale und regionale Kooperation
sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit

In STADT und LAND verlässlich gut leben
Daseinsvorsorge in guter Erreichbarkeit
Attraktive und wohnnahe Einzelhandelsangebote
Wohnraumentwicklung und Mobilität der Zukunft
Freizeit, Erholung und Tourismus

WIRTSCHAFT stärken und WOHLSTAND sichern
Entwicklung zukunftsfähiger Industrie- und Gewerbestandorte
Verkehr und digitale Infrastruktur
Nachhaltige Energieversorgung
Mineralisches Rohstoffmanagement und Kreislaufwirtschaft

FREIRAUM schützen und an den KLIMAWANDEL anpassen
Reduzierung des Flächenverbrauchs
Freiraumentwicklung und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen
Land- und Forstwirtschaft
Schutz vor Wasserextremen
Sicherung der Wasserversorgung
Schutz vor thermischer Belastung

LEP-Regionaldialog 11

Erste Ideen zum LEP:

Der neue Landesentwicklungsplan soll zukunfts-feste Leitplanken für kommunale Entscheidungen setzen. Dafür braucht es

- Rechts- und Planungssicherheit für kalkulierbare Investitionsentscheidungen,
- ein atmendes Regelungssystem, das sich wie ein Netz schnell auf unvorhergesehene Entwicklungen einstellen kann,
- schlanke Festlegungen nach dem Motto „So viel wie nötig und so wenig wie möglich“ sowie
- ausreichenden Ausformungsspielraum für die Regionalverbände und vor allem auch für die Kommunen, damit die konkreten Verhältnisse auf regionaler und kommunaler Ebene genügend Berücksichtigung finden.

Einige Überlegungen aus dem Eckpunktepapier:

- Modernisierung des Zentrale-Orte-Systems: Festlegung von Ober- und Mittelzentren im LEP, Ausweisung von „Grundzentren“ (statt Klein- und Unterezentren) im Regionalplan; Feinsteuerung durch „besondere Gemeindefunktionen“ für Wohnen / Industrie & Gewerbe / Freizeit, Erholung & Tourismus im Regionalplan, damit mehr Kommunen von einer bedarfsgerechten Baulandausweisung, Bündelung von Infrastrukturmaßnahmen, Standortentscheidungen und Fördermaßnahmen profitieren.
- Ablösung der Plausibilisierungshinweise aus dem Baurecht durch einen Rahmen für eine kommunale Bedarfsprüfung, um begründete Bedarfe an neuen Bauflächen (zusätzlich zum Grundbedarf) decken zu können



<div data-bbox="190 347 425 422"> <h2>RESILIENTE RAUMSTRUKTUR</h2> </div> <div data-bbox="371 245 488 363"> </div> <div data-bbox="504 279 857 410"> <p>Raumkategorien Zentrale Orte und Entwicklungsachsen Interkommunale und regionale Kooperation sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit</p> </div> <div data-bbox="203 529 286 619"> </div> <div data-bbox="322 523 663 552"> <p>In STADT und LAND verlässlich gut leben</p> </div> <div data-bbox="322 557 716 667"> <p>Daseinsvorsorge in guter Erreichbarkeit Attraktive und wohnortnahe Einzelhandelsangebote Wohnraumentwicklung und Mobilität der Zukunft Freizeit, Erholung und Tourismus</p> </div> <div data-bbox="203 699 286 788"> </div> <div data-bbox="322 697 714 724"> <p>WIRTSCHAFT stärken und WOHLSTAND sichern</p> </div> <div data-bbox="322 729 795 839"> <p>Entwicklung zukunftsfähiger Industrie- und Gewerbestandorte Verkehr und digitale Infrastruktur Nachhaltige Energieversorgung Mineralisches Rohstoffmanagement und Kreislaufwirtschaft</p> </div> <div data-bbox="203 874 286 963"> </div> <div data-bbox="322 871 801 898"> <p>FREIRAUM schützen und an den KLIMAWANDEL anpassen</p> </div> <div data-bbox="322 903 835 1069"> <p>Reduzierung des Flächenverbrauchs Freiraumentwicklung und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Land- und Forstwirtschaft Schutz vor Wasserextremen Sicherung der Wasserversorgung Schutz vor thermischer Belastung</p> </div>	<ul style="list-style-type: none"> • Integrierter Ansatz mit den Handlungsfeldern „In Stadt und Land verlässlich gut leben“, „Wirtschaft stärken und Wohlstand sichern“ sowie „Freiraum schützen und an den Klimawandel anpassen“ • Leitbild einer kompakten Siedlungsentwicklung, in der Wohnraumversorgung und Mobilität zusammengedacht werden • Sicherung der Nahversorgung dort, wo die Menschen wohnen • Festlegung von landesbedeutsamen Wirtschaftsstandorten v.a. für hochinnovative Unternehmen (zusätzlich zu lokalen Bedarfen) • Einführung von räumlich differenzierten Vorgaben von Wohnsiedlungsdichten (Berücksichtigung der örtlichen Siedlungstypik) • Vorrang: Innen- vor Außenentwicklung, soweit Innenentwicklungspotentiale aktivierbar sind • Festlegung von landesweit bedeutsamen Räumen für Biodiversität sowie von Gebieten für die Entwicklung von Umwelt und Natur (als Ausgleichsflächen)
<p>Ausschnitte aus der PowerPoint-Präsentation der Regionaldialoge, © MLW</p>	



5 Regionaldialog Regierungsbezirk Stuttgart



Begrüßungsrede von Staatssekretärin Andrea Lindlohr MdL beim Regionaldialog für den Regierungsbezirk Stuttgart am 21. Februar 2024 in der Stadthalle Aalen

© MLW, Foto: Torben Nuding

5.1 Stimmen aus den Kommunen – Statements

Im Folgenden werden die zentrale Anliegen aus dem Grußwort von Oberbürgermeister Frederick Brütting, den Statements von Oberbürgermeister Dr. Stefan Belz, Oberbürgermeister Dieter Henle und Bürgermeister Benjamin Czernin auf dem Podium sowie den Beiträgen im Plenum zusammengefasst.

Die Teilnehmenden richteten u.a. die Wünsche/Bitten/Aufträge an das MLW,

- im LEP geeignete Antworten zu finden für die Themen Planungssicherheit, Digitalisierung, Stärkung der lebendigen Zentren, Bereitstellung überörtlicher Infrastruktur, Flächenbedarf der Wirtschaft u.a. für die Transformation der Wirtschaft, bezahlbarer Wohnraum, Klimaschutz, Klimaanpassung, Balance zwischen Klima- und Umweltschutz sowie verantwortungsvoller Umgang mit Flächen
- die Unterschiedlichkeit der Kommunen zu berücksichtigen und z.B. keine pauschalen Mindestwohndichten festzulegen
- keine Flächenkontingente einzuführen
- spezifische Lösungen für die unterschiedlichen Raumkategorien zu finden
- innovative Ansätze beim Umgang mit den Flächen zu ermöglichen
- eine schnelle Zugänglichkeit von Flächen für Gewerbeansiedlungen sicherzustellen
- einen hinreichend klaren Orientierungsrahmen für die Kommunen bereitzustellen, um Anfechtungsklagen zu vermeiden
- Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen im Blick zu behalten und zu stärken



- eher auf Impulse als auf Regulierungen zu setzen, einen hinreichenden Entscheidungsspielraum für die Kommunen zu belassen und die kommunale Planungshoheit zu beachten
- beim Zentrale-Orte-System das Ungleichgewicht zu Bayern zu berücksichtigen
- beim Verkehr die Verflechtung mit Bayern im Blick zu behalten
- in Ost-Württemberg ein gemeinsames Oberzentrum bestehend aus Aalen, Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd auszuweisen und Giengen an der Brenz als Mittelzentrum festzulegen
- gute Lösungen aus dem alten LEP zu übernehmen („keine Altersdiskriminierung“)

„Wir brauchen eine gute und sichere Zukunft für den ländlichen Raum.“

Ein Teilnehmer

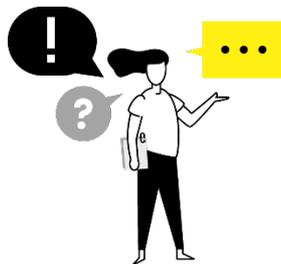
5.2 Stimmen aus den Kommunen – Hinweise auf den Plakaten

Im Anschluss an die Plenumsdiskussion hatten alle Teilnehmenden die Möglichkeit in einem offenen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern des MLW weitere Hinweise einzubringen. Folgende Anmerkungen wurden dabei auf den Plakaten notiert:

- Vorhaltung von Gewerbeentwicklungsflächen notwendig → 8-10 Jahre Entwicklungszeit
- Auf die Festlegung einer besonderen Gemeindefunktion „Gewerbe“ verzichten, wegen Flexibilität → auf globale Entwicklungen ist schnelles Reagieren notwendig
- Planung auf Vorrat: Erschließung nach Bedarf muss möglich sein
- Nachweis „Bedarf Gewerbegebiet“ in kleinen Kommunen vor der Erstellung des B-Plans kaum zu erbringen + Zeit bis zu Verwirklichung dauert den Kommunen zu lange
- Ausbau Breitbandversorgung und 5G-Mobilfunknetze: Bis der LEP rechtmäßig wird haben wir schon 7G
- Erhalt von bestimmten Strukturen im Bereich Schienenverkehr
- Netzausbau in den ländlichen Regionen mangelhaft
- PV auf Gewerbehallen mit leichten PV-Folien
- PV nur als Doppelnutzung
- PV nur auf minderwertigen landwirtschaftlichen Flächen
- Kein Waldausgleich für Windkraft im Wald
- Denkmalschutz im Hinblick auf PV-Nutzung deutlich lockern



- mehr Agri-PV, weniger FF-PV → weniger Flächenverbrauch
- Verkaufsfläche von 800 m² auf 1.400 m² erhöhen. Anpassung an die Lebensrealität
- Unterschiede Stadt / Land sind sehr groß → individuelle Lösungen sind nötig
- Bedarfe müssen sich an den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort orientieren
- drohende Überregulierung
- Verbesserung der Erreichbarkeit touristischer Einrichtungen mit ÖPNV wäre schön, allerdings mit dem Bus nie umsetzbar
- Wasserentnahme-Entgelt für die Kommunen mit Wasservorkommen
- Flächen für erneuerbare Energien dürfen nicht auf den Flächenverbrauch umgerechnet werden
- bei Außenentwicklung auch die tatsächlich geschaffenen Innenentwicklungen anerkennen
- Landesweite Vergaben können die örtlichen Gegebenheiten nicht berücksichtigen
- Förderung für Kosten Archäologie
- Versiegelungsabgabe
- Neudefinierten Begriff „Flächenverbrauch“ → Fläche wird nicht verbraucht, sondern in Anspruch genommen in anderen Nutzungen
- Kommunaler Planungshoheit vertrauen
- Verbrauch erst bei Erschließung
- Fördermöglichkeiten für gemeinsame Projekte jenseits der Grenze (z.B. Kläranlage)
- Flexibilität für Förderung aus Töpfen zweier Länder (Bedingungen unterscheiden sich oft)
- Kooperation der Ministerien
- Verzicht auf Festsetzung von „besonderen Gemeindefunktionen“ → zu großer Eingriff in kommunale Planungshoheit



DOKUMENTATION DER REGIONALDIALOGS



© MLW, Fotos: Torben Nuding



6 Regionaldialog Regierungsbezirk Tübingen



Begrüßungsrede Bürgermeister Raphael Osmakowski-Miller von Bad Saulgau beim Regionaldialog für den Regierungsbezirk Tübingen am 26. Februar 2024 im Stadtforum Bad Saulgau

© MLW, Foto: Torben Nuding

6.1 Stimmen aus den Kommunen – Statements

Im Folgenden werden die zentrale Anliegen aus dem Grußwort von Bürgermeister Raphael Osmakowski-Miller, den Statements von Bürgermeister Thomas Hölsch, Bürgermeister Daniel Salemi und Landrätin Stefanie Bürkle auf dem Podium sowie den Beiträgen im Plenum zusammengefasst.

Die Teilnehmenden richteten u.a. die Wünsche/Bitten/Aufträge an das MLW,

- das Korsett des Landesentwicklungsplans nicht zu eng zu schnüren und den Gemeinderäten Entscheidungsspielräume zu belassen
- einen flexiblen Landesermöglichungsplan zu erstellen, der Rechtssicherheit bietet und auf Fachplanungen aufmerksam macht
- den ländlichen Raum mit dem LEP zu unterstützen und dabei auch den ländlichsten Raum (u.a. jenseits der Alb) im Blick zu behalten
- die kommunale Planungshoheit stärker zum Ausdruck kommen zu lassen und den Kommunen zu vertrauen
- mit dem LEP für interkommunale Entwicklungsmöglichkeiten, Bürokratieabbau, Infrastrukturausbau (inkl. Breitband und Wasserstoff), die Bedienung der Nachfrage nach Gewerbegebieten, eine gute Daseinsvorsorge und gute ÖPNV-Verbindungen im ganzen Land, die Anpassung an den Klimawandel und geeignete Lösungen in Hinblick auf die Flächeninanspruchnahme zu sorgen
- Verflechtungen über die Landesgrenze hinweg zu berücksichtigen



- landesweit bedeutsame Flächen für Gewerbe- und Wirtschaftsentwicklung klar zu identifizieren und auszuweisen, die schnell verfügbar sind und im Idealfall mit erneuerbaren Energien versorgt werden können
- die tatsächliche Versiegelung anstelle der Zunahme an Siedlungs- und Verkehrsflächen in den Blick zu nehmen
- von Flächeninanspruchnahme statt Flächenverbrauch zu sprechen
- das Anbindegebot und die Grenze des großflächigen Einzelhandels zu überdenken (eher 1.200 m²), um eine gute Versorgung sicherzustellen, da die Handelswelt mittlerweile eine andere ist
- die Bereitstellung einer „best practice“-Sammlung in Betracht zu ziehen
- einen Werkzeugkasten für den Vorrang von Innen- vor Außenentwicklung bereitzustellen

„Unser aller Ziel ist es, eine entbürokratisierte und zukunftsorientierte [...] Planung zu schaffen, die Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger bietet“

Ein Teilnehmer

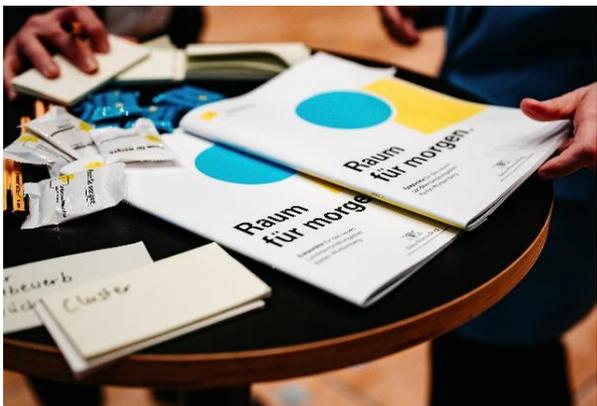
6.2 Stimmen aus den Kommunen – Hinweise auf den Plakaten

Im Anschluss an die Plenumsdiskussion hatten alle Teilnehmenden die Möglichkeit in einem offenen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern des MLW weitere Hinweise einzubringen. Folgende Anmerkungen wurden dabei auf den Plakaten notiert:

- Vorliegende Gutachten Einzelhandel z. B. RVNA nutzen
- mehr Wettbewerb berücksichtigen



DOKUMENTATION DER REGIONALDIALOGE



© MLW, Fotos: Torben Nuding



7 Regionaldialog Regierungsbezirk Karlsruhe



Begrüßungsrede von Nicole Razavi MdL, Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen, beim Regionaldialog für den Regierungsbezirk Karlsruhe am 1. März 2024 im Kongresshaus Baden-Baden

© Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen, Foto: Torben Nuding

7.1 Stimmen aus den Kommunen – Statements

Im Folgenden werden die zentrale Anliegen aus dem Grußwort von Oberbürgermeister Dietmar Späth, den Statements von Landrat Dr. Christoph Schnaudigel, Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup, Bürgermeister Michael Ruf und Bürgermeister Frank Werner auf dem Podium sowie den Beiträgen im Plenum zusammengefasst.

Die Teilnehmenden richteten u.a. die Wünsche/Bitten/Aufträge an das MLW,

- beim Entwurf des Plans Transparenz, Verantwortlichkeit und Vertrauen in die kommunale Ebene walten zu lassen, Austausch mit Kommunalvertretern auf Arbeitsebene zu suchen und auch eng mit den anderen Ministerien zusammenzuarbeiten
- flexible Leitplanken mit genügend Spielraum in der Regionalplanung und in der kommunalen Bauleitplanung zu geben („keine Fußfesseln“)
- den LEP als Ermöglichungsplan zu konzipieren
- bürokratische Hürden nicht auf-, sondern abzubauen und keine pauschalen Deckungsvorgaben einzuführen
- gute Antworten zu finden auf den Siedlungsdruck u.a. aufgrund der Bevölkerungszunahme und auf die Flächenbedarfe im Zusammenhang mit der Energiewende
- das „Netto-Null“-Ziel aus dem Koalitionsvertrag aufzugeben
- die tatsächliche Versiegelung in den Blick zu nehmen und nicht die bloße Ausweisung von Siedlungs- und Verkehrsflächen im Flächennutzungsplan
- einen Interessensausgleich zwischen dem ländlichen und dem urbanen Raum zu schaffen, bei dem der ländliche Raum nicht nur als grünes Gewissen der urbanen Räume dient



- Entwicklungsmöglichkeiten auch für Kommunen sicherzustellen, die kein zentraler Ort sind und sich nicht an Entwicklungsachsen befinden oder von Schutzgebieten wie mageren Flachlandmähwiesen umgeben sind
- die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, den Tourismus und den Ausbau des Schienengüterverkehrs stärker zu berücksichtigen
- die Verfügbarkeit von Standorten für größere Unternehmen im Sinne einer Vorrats-haltung sicherzustellen
- die Überarbeitung des Zentrale-Orte-Systems gründlich zu durchdenken und dabei auch die Herausforderungen im Zusammenhang mit den Versorgungspflichten im Blick zu behalten
- einen guten Werkzeugkasten für die Innenentwicklung und die Daseinsvorsorge be-reitzustellen
- die Mobilitätsgarantie raumplanerisch abzusichern
- die bisherige Trennung der Funktionen Wohnen und Gewerbe zu überdenken, da viele junge Unternehmen kompatibel mit Wohnfunktionen sind
- die Flächenbedarfe für Ver- und Entsorgung, Netzausbau, Flüchtlingsunterbringung und Landesverteidigung auf dem Schirm zu haben
- Positives aus dem alten LEP zu übernehmen

7.2 Stimmen aus den Kommunen – Hinweise auf den Plakaten

Im Anschluss an die Plenumsdiskussion hatten alle Teilnehmenden die Möglichkeit in einem offenen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern des MLW weitere Hinweise einzubringen. Folgende Anmerkungen wurden dabei auf den Plakaten notiert:

- Stärkung heimischer Landwirtschaft
- Ernährungssicherung
- Flächen PV-Anlagen entlang Autobahnen
- Schwimmende Flächen-PV auf Baggerseen
- Henne-Ei-Problem bei Bedarfsnachweis
- Zielkonflikte demokratisch auflösen statt überdecken
- Landesentwicklungsstandorte statt -achsen
- Wie kann die Zusammenarbeit mit den Ministerien unterstützt werden? z.B. bei Bereitstellung von (Landes-)Flächen
- Fördermöglichkeiten auf Basis der Leitlinien des LEP
- Gewerbebauten regelmäßig mehrgeschossig
- höhere Dichtewerte für Wohnraum und Gewerbe
- Wirtschaft/Wohlstand muss hohe Priorität haben → Grundlage unserer Finanzen



DOKUMENTATION DER REGIONALDIALOGE



© MLW, Fotos: Torben Nuding



8 Regionaldialog Regierungsbezirk Freiburg



Moderatorin Katharina Riedel, Ministerin Nicole Razavi MdL und Abteilungsleiterin Ulrike Kessler (MLW) im Gespräch beim Regionaldialog für den Regierungsbezirk Freiburg am 1. März 2024 in der Stadthalle Kehl

© Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen, Foto: Torben Nuding

8.1 Stimmen aus den Kommunen – Statements

Im Folgenden werden die zentrale Anliegen aus dem Grußwort von Oberbürgermeister Wolfram Britz, den Statements von Oberbürgermeister Jürgen Roth, Bürgermeisterin Carolin Holzmüller, Bürgermeisterin Hannelore Reinbold-Mench auf dem Podium sowie den Beiträgen im Plenum zusammengefasst:

Die Teilnehmenden richteten u.a. die Wünsche/Bitten/Aufträge an das MLW,

- die LEP-Neuaufstellung als offenen Prozess ohne Denkverbote anzugehen und eine gute Abstimmung mit den anderen Ministerien sicherzustellen
- sich an den Zielen der Entlastungsallianz zu orientieren, nicht zu viele neue Regelungen einzuführen und nicht zu viele Details zu regeln; weniger, aber dafür konsequenter zu steuern
- eine Präambel zu formulieren, die entsprechend den Redebeiträgen des Ministeriums im Rahmen der Regionaldialoge die Rolle der Kommunen und die Gestaltungsmöglichkeiten hervorhebt
- Weiterentwicklungen auch mit der Konsequenz einer Flächenneuanspruchnahme zu ermöglichen
- keine Flächenkontingente und keine Flächenzertifikate einzuführen

„Ich glaube das ist [...] wichtig [...], dass wir diesen Beteiligungsprozess haben.“

Ein Teilnehmer



- die Flächennutzungen nicht als „gut“ oder „böse“ zu kategorisieren
- keine pauschalen Dichtewerte vorzugeben
- mit den Bedarfsnachweisen keine überbordende Prüfbürokratie einzuführen
- anstelle eines Schubladendenkens große und umliegende kleine Städte zusammen zu betrachten und sicherzustellen, dass der ländliche Raum nicht nur eine naturschutzrechtliche Ausgleichsfunktion für den urbanen Raum einnimmt
- die Funktionen eines Zentrums darzustellen
- zu berücksichtigen, dass Fördermöglichkeiten etwa durch das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum von der Festlegung der Raumkategorien abhängen
- mit dem LEP die Kommunen darin zu unterstützen, die kommunale Daseinsvorsorge (u.a. Kita-Ausbau), die Anpassung der Infrastruktur und die bedarfsgerechte Bereitstellung von Flächen für die Schaffung von Wohnraum zu gewährleisten
- die Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel auch an nicht integrierten Standorten zu ermöglichen, die mit dem ÖPNV erreichbar sind
- die Grenze des großflächigen Einzelhandels hochzusetzen (z.B. 1.200 m² statt 800 m²)
- zum Beispiel bei der Zuordnung der Gemeinden zu den Raumkategorien, bei der Festlegung von zentralen Orten sowie bei den Trassen für den Schienenverkehr die grenzüberschreitenden Verflechtungen (u.a. den grenzüberschreitenden Wohn- und Arbeitsmarkt und das höhere Einkaufsaufkommen) zu berücksichtigen und hierfür eine dauerhafte grenzüberschreitende Raubeobachtung einzurichten
- die Verkehrsachsen besser zu definieren
- hybride Flächennutzung, die unterschiedliche Ziele synergetisch miteinander verknüpft, in den Blick zu nehmen
- den Wirtschaftszweig Tourismus stärker zu berücksichtigen und die Optionalität der diesbezüglichen besonderen Gemeindefunktion zu überdenken
- die Wirkung des Landesentwicklungsplans z.B. nach 2, 4 und 6 Jahren zu evaluieren
- die Idee der Einrichtung von Ausgleichsflächenpools für die Biodiversität weiterzuvollziehen

„Haben Sie Vertrauen in uns [...] und achten Sie unsere Planungshoheit.“

Eine Teilnehmerin



8.2 Stimmen aus den Kommunen – Hinweise auf den Plakaten

Im Anschluss an die Plenumsdiskussion hatten alle Teilnehmenden die Möglichkeit in einem offenen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern des MLW weitere Hinweise einzubringen. Folgende Anmerkungen wurden dabei auf den Plakaten notiert:

- Hafen Kehl große Bedeutung – im Hafen 4.500 Mitarbeiter insgesamt über alle Betriebe kumuliert + hoher Energieverbrauch
- Wirtschaftliche Entwicklung benötigt neben Gewerbeflächen auch Arbeitskräfte – Diese müssen in Zukunft noch stärker „importiert“ werden → Wohnflächenbedarf im Gleichschritt mit Gewerbeflächen denken
- Dreiklang aus Wohnen, Leben und Arbeiten wiederherstellen und lokal zusammenführen
- Gesicherte grüne und zuverlässige Mobilität für Pendler sichern
- Ansiedelung / Zuweisung qua Titel – „Oberzentrum“ / Mittelzentrum → ...und wenn die es nicht wollen / können?
- steigender Bedarf an Verkehrsflächen entlang der Landesentwicklungsachsen
- Energieversorgung für Unternehmen sichern
- Ansiedelungsmanagement BW → wichtig die Gemeinden zu unterstützen → und kommunalen sowie regionalen Sachverstand miteinbeziehen
- Grenzüberschreitende Mobilität beachten (z.B. Tram Kehl-Straßburg)
- Grenzüberschreitender Güterverkehr zwischen den Häfen Kehl + Straßburg
- Zusammenarbeit der Häfen Kehl-Straßburg als ein großer Binnenhafen
- Wasserstoffversorgung → schneller über Frankreich möglich
- HW-Schutz: gibt es künftig noch mehr Schutzgebietskategorien
- Was ist mit proaktivem Ansatz für Naturschutz gemeint? → Noch mehr Schutzgebietstypen
- Was ist mit Gemeinden, die schon vollständig von Restriktionsflächen umgeben sind?



„Was mich begeistert, ist, mit welcher Tiefe diskutiert wird und das bestätigt mich und uns, dass wir den richtigen Weg gewählt haben.“

Nicole Razavi MdL, Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen



DOKUMENTATION DER REGIONALDIALOGE



© MLW, Fotos: Torben Nuding



Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Landesentwicklung
und Wohnen Baden-Württemberg
Theodor-Heuss-Straße 4
70174 Stuttgart
Telefon: +49 (0)711 123-0
E-Mail: poststelle@mlw.bwl.de

Moderation und Dokumentation:

translake GmbH
Obere Laube 53
78462 Konstanz
Telefon: +49 (0)7531 36592-30
E-Mail: info@translake.org

www.landesentwicklung-bw.de

August | 2024